

Hugenbergs Rücktrittsgesuch und Abschiedsschreiben

Berlin, den 26. Juni 1933.

An Seine Excellenz

den Herrn Reichspräsidenten

Generalfeldmarschall von Beneckendorff und von Hindenburg

Neudeck

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Euerer Excellenz

beehre ich mich hierdurch die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern zu unterbreiten.

Ich tue es mit umso schwererem Herzen, je deutlicher ich das Gefühl habe, daß die inzwischen von mir ergriffenen und eingeleiteten Maßnahmen, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiete, nicht ohne Erfolg geblieben sind, und daß bei folgerichtiger Durchführung einer entsprechenden Politik auf sämtlichen Wirtschaftsgebieten die Grundlage des allgemein ersehnten Wiederaufstiegs gesichert sein würde.

Wenn ich gleichwohl meinen Abschied beantrage, so geschieht es ebenso sehr aus der Sorge um das mir anvertraute Werk heraus wie aus der Verpflichtung zur Treue gegenüber meinen Freunden und zur Wahrung meines eigenen Namens. Entsprechend meiner Zusage, nicht ohne rechtzeitige vorherige Mitteilung von meinem Posten zu weichen, habe ich mir bereits vor einiger Zeit erlaubt, Eurer Excellenz kurz den Tatbestand vorzutragen.

Ich bin der Auffassung, daß die Grundlagen nicht mehr gewahrt sind und werden, auf denen die Kabinettsbildung vom 30. Januar ds. Js. beruhte. Ich habe mich vergeblich bemüht, ihre Einhaltung zu erreichen. Es war vereinbart, daß zwecks einheitlicher Leitung der Wirtschaftspolitik gleich nach den Wahlen vom 5. bzw. 12. März die Angelegenheiten des Arbeitsrechtes und der Sozialpolitik auf das Reichswirtschaftsministerium übergehen sollten. Insbesondere war eine dahingehende Vereinbarung mit dem Reichsarbeitsminister, Herrn Seldte, getroffen worden. Es ist mir nicht möglich gewesen, ihre Ausführung durchzusetzen. Sachlich hat dies zu einer Behandlung der fraglichen Geschäfte geführt, die nach meiner Auffassung für den wirtschaftlichen End Erfolg verhängnisvoll werden kann. Die fehlende Einheitlichkeit der Wirtschafts- und Arbeitspolitik und die sich daraus ergebende Unmöglichkeit eines wirksamen Eingreifens hat zu ihrem Teile zu dem Durcheinander beigetragen, das sich in den letzten Monaten auf dem Gebiete der Wirtschaft entwickelt und in den zahllosen Eingriffen unverantwortlicher Stellen ausgewirkt hat. Ich kann vor der Zukunft die Mitverantwortung dafür nicht übernehmen.

Auf dem engeren Gebiete der landwirtschaftlichen Gesetzgebung ist es mir zwar bisher gelungen, der von außen kommenden Störungen Herr zu werden. Aber die Heftigkeit und die Formen des Kampfes, der auf diesem wie auf allen anderen Gebieten draußen im Lande und in der Presse von Organen und Einzelpersonen der NSDAP gegen mich und meine Mitarbeiter, insbesondere auch gegen den Staatssekretär v. Rohr, geführt wird, haben in steigendem Maße die Arbeit erschwert. Sie gefährden, da nicht dagegen eingeschritten wird, nachgerade die Staatsautorität. Die Duldung dieser Angriffe ist auch mit der Kameradschaftlichkeit nicht mehr zu vereinbaren, die eine der wesentlichen Grundlagen der Kabinettsbildung vom 30. Januar ds. Js. bildete. Die Anlagen geben lediglich Beispiele aus einer einzigen Zeitung wieder. (Hier nicht abgedruckt.)

Zu der einheitlichen Leitung der Wirtschaftsressorts, die vereinbart war, gehörte auch die Übernahme der beiden Preußischen Wirtschaftsministerien. Diese Vereinigung von Ämtern hatte für denjenigen, der zugleich die Wirtschafts- und Ressortverhältnisse kennt, keinen Sinn, wenn sich daraus nicht eine organische Zusammenfassung der gleichartigen Reichs- und Preußischen Geschäfte ergab. Eine solche wollte ich durch einen von mir vorgelegten Staatsvertrag herbeiführen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe hätte ich auch einer leitenden Hilfskraft bedurft. Es ist nicht gelungen, über diese Fragen zu einer Einigung zu gelangen, während gleichzeitig größte Ressortveränderungen und Beamtenvermehrungen auf anderen Gebieten (z. B. Propagandaministerium) vorgenommen wurden. Schließlich wurde mir jedes Eingreifen in die Preußischen Ressorts durch die Schaffung eines Schwebezustandes unmöglich gemacht: seit der Bildung des jetzigen Preußischen Staatsministeriums war ich nicht Preußischer Minister, sondern blieb weiterhin „Kommissar des Reichs“, auch nachdem Euere Excellenz die Grundlage dieses Reichsauftrages aufgehoben hatten.

Es wird Euerer Excellenz ohne weiteres verständlich sein, daß die Auseinandersetzung mit solchen Hemmungen in Verbindung mit der freiwillig übernommenen Arbeitslast der Leitung von vier trotz aller Bemühungen nicht organisch verbundenen Ressorts die Kraft eines Menschen stark in Anspruch nimmt. Ich habe — dies hervorzuheben scheint notwendig — dies alles ohne Einbuße von Gesundheit und Arbeitslust überstanden. Ich hätte auch die weitere Auseinandersetzung mit den aufgetretenen Schwierigkeiten nicht gescheut, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die mir den Beweis dafür erbrachten, daß ich mich im Reichskabinett nicht derjenigen Unterstützung erfreue, die zu einer erfolgreichen Erledigung der Geschäfte erforderlich ist.

Ich sehe hier selbstverständlich davon ab, auf irgendwelche Einzelheiten einzugehen, die sich auf die Bestellung und Tätigkeit der deutschen Delegation für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz beziehen. Es wird aber der Aufmerksamkeit Euerer Excellenz nicht entgangen sein, daß — offenbar aus dem Schoße der deutschen Delegation heraus — in der in- und ausländischen Presse ein von mir überreichtes Memorandum als die „Privatarbeit“ des deutschen Reichswirtschaftsministers und als von der deutschen Delegation zurückgezogen bezeichnet wurde. Ich betone auch hier — auf der Grundlage des politischen Anstandes, den mir in allen politischen Kämpfen bisher im Ernste noch niemand hat absprechen können —, daß die fragliche Denkschrift mit der ausdrücklichen Zustimmung des vom Herrn Reichskanzler bezeichneten Führers der deutschen Delegation und außerdem nach *meiner* sich aus den vorangegangenen Besprechungen ergebenden Auffassung auch im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern der Delegation überreicht worden ist.

Selbst wenn letzteres zweifelhaft wäre, hätte keinesfalls die erfolgte Desavouierung des deutschen Wirtschaftsministers vor dem Aus- und Inlande stattfinden dürfen. Dies um so weniger, als die Denkschrift lediglich Ausführungen enthielt, die nach Lage der Dinge sowohl dem Auslande wie dem Inlande gegenüber durchaus notwendig waren. Sie waren insbesondere dazu bestimmt, Angriffe gegen die Grundlagen der von mir getriebenen und vom Kabinett gebilligten Handelspolitik abzuwehren und auf den wirklichen Kern der Weltwirtschaftskrise, die internationale Schuldenverkettung, hinzuweisen.

Ein im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsaußenminister von mir unternommener Versuch, die Nachrichten über die Uneinigkeit in der deutschen Delegation durch ein Dementi zu widerlegen, wurde — wohl durch Zusammenwirken der Londoner Pressestelle der Delegation und der Reichspressestelle in Berlin — in Form eines Verbotes des Dementis nach Möglichkeit unterdrückt.

Meine Beschwerde über diese Vorgänge wurde in der Kabinettsitzung vom

22. ds. Mts. als unerheblich einer weiteren Erörterung und Beschlußfassung entzogen.

Mein Antrag, einen mir unterstellten, der Delegation zugeteilten Beamten, der mein Vertrauen nicht mehr besitzt, zur Disposition zu stellen, wurde in der Kabinettsitzung abgelehnt.

Die Frage, ob ich als Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister es für angebracht halte, diesem oder jenem Teile der Weltwirtschaftskonferenz persönlich beizuwohnen, wurde dem Ermessen des Reichsaußenministers als des vom Herrn Reichskanzler bezeichneten Führers der Delegation unterworfen.

Es ist wohl selbstverständlich, daß jemand, der auf seinen Namen und seine politische Selbstverantwortung etwas hält, in einem Kabinett nicht mehr mitwirken kann, das solche Beschlüsse gegen ihn faßt. Es ist aber auch selbstverständlich, daß nicht derjenige von den Vereinbarungen vom 30. Januar zurücktritt, gegen den solche Beschlüsse gefaßt werden, sondern diejenigen, die sie fassen.

Dies gilt umsomehr, wenn der Ausgangspunkt der Meinungsverschiedenheit eine Denkschrift ist, die lediglich Darlegungen enthält, die vom deutschen Standpunkte aus in dem Augenblick unerläßlich sind, in dem die deutsche handelspolitische Stellung soweit bedroht ist, wie zurzeit auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz unter der Nachwirkung der außenpolitischen Entwicklung der letzten Monate.

Zu dieser Sachlage kam endlich der Umstand hinzu, daß durch die Entschlüssen der Leitung des Stahlhelm die Deutschnationalen, die stets geholfen haben, den Stahlhelm zu fördern, und bis 1929 ihm zuliebe leider auf eine eigene Jugendbewegung verzichtet haben, nunmehr von der Mitgliedschaft im Stahlhelm ausgesperrt werden sollen. Auch in den Grenzprovinzen werden hierdurch alte wertvolle Zusammenhänge willkürlich zerrissen. Ferner ist vor einigen Tagen die seit 1929 allmählich entstandene deutschnationale Jugendbewegung sowie zum Teil die deutschnationale Betriebszellen- und Mittelstandorganisation verboten und gewaltsam aufgelöst worden. Ich hatte dem Herrn Reichskanzler gegenüber die Gewähr übernommen, daß überall, wo wirklich der Nachweis eines Eindringens kommunistischer oder marxistischer Elemente in die deutschnationale Jugendbewegung geführt würde, mit schärfsten Mitteln für Abhilfe gesorgt werde. Die Bereitwilligkeit der Organisationen selbst zur sofortigen Ausschließung etwaiger ungeeigneter Elemente ergibt sich aus der mir gemeldeten Tatsache, daß in weitem Umfange die Mitgliederlisten im Original freiwillig an die Polizeibehörden zur Nachprüfung überreicht sind. Aber ich weiß, daß die erhobenen Vorwürfe für das Gros der deutschnationalen Jugendbewegung *nicht* zutreffen. Gegenüber den Verboten und der Art ihrer Durchführung gibt es für mich und meine Freunde trotz meiner Zugehörigkeit zur Regierung keine Abwehr. Es ist widersinnig, uns, den alten Vorkämpfern für den nationalen Staat, eine Gemeinschaft mit Kommunisten und Marxisten oder irgendeine Illoyalität gegen den von uns selbst ersehnten nationalen Staat zuzutrauen. — An meiner und meiner deutschnationalen Freunde vaterländischen Loyalität werden alle diese Vorgänge nichts ändern. Nach wie vor gehören unsere Kräfte der Nation.

Ich lege das mir am 30. Januar anvertraute Amt in Ihre Hände zurück. Was mich hierbei bewegt, möchte ich in diesem Augenblick nicht aussprechen. Aber es ist mir ein inneres Bedürfnis, Ihnen, Herr Feldmarschall, für das Vertrauen zu danken, das Sie mir während dieser Zeit stets bewiesen haben und ohne das ich die Kämpfe der letzten Monate nicht hätte auf mich nehmen können.

In dieser Gesinnung verbleibe ich
Euerer Excellenz stets
aufrichtig ergebener
gez. Hugenberg.

Berlin, den 27. Juni 1933.

An Seine Excellenz

den Herrn Reichspräsidenten

Generalfeldmarschall Beneckendorff und von Hindenburg

N e u d e c k

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Darf ich meinem gestrigen offiziellen Schreiben ein persönliches Wort anfügen?

Bei der Mitteilung meiner Absichten bat der Herr Reichskanzler mich zwar, im Amte zu bleiben aber die Deutschnationale Front aufzulösen, den Staatssekretär von Rohr durch einen Nationalsozialisten zu ersetzen und auf einen Teil der jetzt von mir bekleideten Ämter zu verzichten. Trotz der freundlichen Form, in der diese Vorschläge erörtert wurden, ist es klar, daß dadurch meine Lage, die ich in meinem gestrigen Schreiben geschildert habe, nur noch unhaltbarer werden würde.

Nach meiner Erklärung, daß dieser Weg mir nicht gangbar erscheine, und daß ich meine Freunde im Lande nicht im Stiche lassen könnte, meinte der Herr Reichskanzler, der Erfolg meines Austrittes würde ganz unabhängig von seinem Willen der sein, daß Tausende meiner Anhänger im Lande ihre Stellen verlören und ins Unglück kämen und daß ein Kampf auf der ganzen Linie, auch auf dem Gebiete der Presse und des Films entbrennen würde, der binnen drei Tagen entschieden sein würde.

Ich wies darauf hin, daß ich nach der bereits abgegebenen Erklärung nicht in die „Opposition“ gehen wolle, daß ich deshalb nicht einsähe, weshalb eine solche Feindschaft zwischen Verbündeten wegen meines Ausscheidens notwendig sei. Entspräche dieser Rücktritt doch den unter stärksten Beschimpfungen ausgesprochenen Wünschen vieler nationalsozialistischer Organe.

Sehr verehrter Herr Reichspräsident! Ganz gleichgültig wie die von meinen Freunden geführten Verhandlungen über eine Auflösung der Partei auslaufen: mein Austritt aus der Regierung darf nicht den Vorwand zu einer Verfolgung gutgesinnter Ihnen und Ihrer Regierung ergebener Deutscher bilden. Andererseits darf mir durch solche Hinweise nicht die Freiheit genommen werden, auf meine Mitarbeit in der Regierung zu verzichten, wenn sie unter Bedingungen und in einer Lage erfolgen soll, die für mich untragbar und so, wie die Dinge z. Zt. aussehen, für das Land nutzlos sein würde. Ich glaube, diese menschliche Freiheit und die Sicherheit derjenigen, die meiner Führung bislang anvertraut sind, von Eurer Excellenz als dem Schirmherrn der gesamten nationalen Bewegung in Deutschland umsomehr erbitten zu dürfen, als unter Ihrem Segen doch eigentlich der Bund vom 30. Januar geschlossen ist. Ich *kann* auf der mir zugemuteten Grundlage nicht mitarbeiten — kann es auch als evangelischer Christ nicht.

In dieser Gesinnung verbleibe ich
Eurer Excellenz stets
aufrichtig ergebener
gez. Hugenberg